

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014

VSA

Ist Europa noch zu retten?



**Analysen und Forderungen für eine
offensive Europa-Politik**

Annelie Buntenbach

Frank Bsirske

Andreas Keller

Wolfgang Lemb

Dietmar Schäfers

Hans-Jürgen Urban

Inhalt

Dieter Scholz Europa retten!	1
Annelie Buntenbach Wer hat Recht(e) in Europa?	3
Die Grundrechtsverletzungen der Troika beenden – Schluss mit dem Austeritätsskurs!	
Dietmar Schäfers Die EU – auf dem Weg zu Arbeitsverhältnissen wie in Katar?	12
Andreas Keller Kooperation oder Wettbewerb?	22
Die europäische Bildungs- und Forschungspolitik auf dem Prüfstand	
Frank Bsirske Ein neuer Weg für Europa	32
Wolfgang Lemb/Hans-Jürgen Urban Ist die Demokratie in Europa noch zu retten?	42
Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union	
Autorin und Autoren	55

Wolfgang Lemb/Hans-Jürgen Urban

Ist die Demokratie in Europa noch zu retten?

Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union

Aktuellen Umfragen zufolge ist es mit dem Ansehen der europäischen Politik und Institutionen nicht weit her. Laut Eurobarometer vertrauten im Herbst 2013 nur noch 31% der Europäer den europäischen Institutionen. Im Herbst 2009 waren es immerhin noch 48% gewesen. Zudem teilen immer mehr Menschen die Einschätzung, dass die Bürger in der EU nichts zu sagen haben. Zwei Drittel der Europäer sind mittlerweile der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt.¹ Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien versuchen sich dies zunutze zu machen. Nach allgemeiner Auffassung ist mit Blick auf die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament zu befürchten, dass ihnen dies gelingt. Nicht nur in den besonders krisengebeutelten Ländern wie Griechenland erfahren sie Zulauf. In Frankreich werden dem Front National derzeit erschreckende 24% bei der Europawahl prognostiziert. Seine Chefin Marine Le Pen strebt eine Kooperation mit den ebenfalls erstarken niederländischen Rechtspopulisten um Geert Wilders an, und in Österreich erhält die FPÖ wieder Aufwind.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Doch zugleich bringen diese Indizien etwas zum Ausdruck, was seit geraumer Zeit absehbar ist: dass die dominierende Krisenpolitik sich zu einer manifesten Bedrohung für die ohnehin unterentwickelte Demokratie in Europa auswächst. Knapp formuliert lautet die These: Die bisherige Krisenpolitik zeichnet sich im Kern durch den Versuch aus, ökonomischen Stabilitätsgewinn durch politischen Demokratieverzicht zu erkaufen. In einem intransparenten Verfahren wurde in den letzten Jahren ein neues europäisches wirtschafts- und finanzpolitisches Regime ins Werk gesetzt. Dieses Regime bedroht die politische und soziale Demokratie, weil es demokratische Verfahren außer Kraft setzt und

¹ Vgl. Standard-Eurobarometer 80: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse, Herbst 2013, S. 8.

erkämpfte soziale Errungenschaften wie die Tarifautonomie und soziale Sicherungssysteme attackiert. Daraus folgt: Ein Pfadwechsel in der EU in Richtung eines wirtschaftlich, sozial, ökologisch und demokratisch nachhaltigen Entwicklungsmodells ist durch kleine Korrekturen der dominierenden Politik nicht zu haben. Es erfordert vielmehr einen radikalen Politikwechsel, der den gegenwärtigen Weg in das Regime autoritärer Prekarität stoppt und alternative Entwicklungspfade ermöglicht.²

Demokratie- und Legitimationsdefizite in der EU – ein altes Problem

Dass die EU über Demokratie- und Legitimationsdefizite verfügt, ist lange bekannt. Insbesondere ihr institutionelles Demokratiedefizit wurde hinreichend beschrieben. Hierbei stehen der Einfluss und das Zusammenspiel der EU-Organe und vor allem die nach wie vor nur begrenzten Rechte des EU-Parlaments im Mittelpunkt der Kritik. Auch die begrenzten Möglichkeiten der politischen Partizipation der Bürger wurden vielfach thematisiert. Europa fehlt es – in Ermangelung eines gemeinsamen öffentlichen Raumes, eines mangelnden Parteienwettbewerbs auf europäischer Ebene und dem Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit – an einer direkten Legitimationsbeziehung zu den Bürgern.

Zwar hat es im Laufe der Jahre hier und da Veränderungen gegeben – so wurden etwa die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert –, die Grundprobleme einer unzureichenden Legitimation der Institutionen (insbesondere der Kommission) und der unzureichenden Beteiligung der Bevölkerungen in der EU wurden jedoch nie behoben. Im Kern waren die wirkungsmächtigen Integrationsprojekte wirtschaftlicher Natur, und ihre Realisierung gelang nur um den Preis der Vernachlässigung der politischen und sozialen Integration sowie der Herausbildung einer gemeinsamen kulturellen Identität. Zugleich erfolgte die Ausarbeitung von Projektinhalten und Umsetzungsstrategien zumeist in den Hinterzimmern der nationalen Regierungszentralen und der EU-Institutionen. Dabei waren die Türen für mächtige Lobbyisten aus Real- und Finanzwirtschaft weit geöffnet. Auf ambitionierte Werbung um Zustimmung in der Bevölkerung wurde dagegen in der Regel verzichtet.

Bereits lange vor der gegenwärtigen Krise wiesen Demokratie- und Legitimationsdefizite die EU damit als Paradebeispiel für das aus, was im An-

² Dazu ausführlich: Hans-Jürgen Urban: Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaaten und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus. Hamburg 2013, S. 121-158.

schluss an Colin Crouch als »Postdemokratie« bezeichnet wird. Gemeint ist damit eine Konstellation, in der die demokratischen Institutionen zwar äußerlich intakt bleiben, durch eine Mixtur aus Passivität frustrierter Bevölkerungen, ausgeklügelten Polit-Techniken der Eliten und einer ausufernden politischen Lobbymacht transnationaler Konzerne jedoch sukzessive unterspült werden.³

Das neue Regime autoritärer Prekarität

Im Rahmen der Krisenpolitik seit den Jahren 2008ff. scheinen sich die postdemokratischen Phänomene in der EU noch einmal zuzuspitzen und die Demokratie- und Legitimationsdefizite auf die Spitze getrieben zu werden. In einem intransparenten und von nationalstaatlichen Interessen überformten Aushandlungsprozess wurde Schritt für Schritt ein neues wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk gezimmert. Diesem unterliegen keinesfalls nur »Krisenländer«, es gilt vielmehr für alle EU-Staaten. Das Regelwerk setzt an bereits getroffenen Vereinbarungen zu einer »European Governance« und einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung an, die im Nachgang zur revidierten Lissabon-Strategie unter dem Begriff »Europa 2020« zusammengefasst wurden.

Die Architektur des neuen Regimes ruht auf zwei institutionellen Säulen: Die erste Säule besteht aus einem Regelwerk zur verschärften wirtschaftspolitischen Steuerung und haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet. Dieses sieht insbesondere Maßnahmen der Wettbewerbsstärkung wirtschaftlich schwacher und der Sanktionierung haushaltspolitisch defizitärer Mitgliedstaaten vor. Die zweite Säule bildet ein permanenter Krisenbewältigungsmechanismus, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM). Er soll aktiviert werden, sobald die Überschuldung eines Mitgliedstaates die Finanzstabilität des Euroraumes insgesamt gefährdet und bindet die Gewährung von Finanzhilfen in Form von Krediten an strikte Auflagen.

Zu diesen beiden Säulen tritt der Fiskalpakt hinzu. Hierbei handelt es sich um einen 2012 geschlossenen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten der EU (ohne Großbritannien), dessen Bestimmungen bis 2019 in EU-Recht umgesetzt werden sollen. Vorbei an allen unionsrechtlichen Gesetzgebungsverfahren wurde dieser Pakt ins Leben gerufen. Sein Kern ist die Pflicht zur Verankerung einer fiskalischen Schuldenbremse in Form eines Neuverschuldungsverbots. Die Unterzeichnerstaaten sollen diese in

³ Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie. Frankfurt a.M. 2008.

ihren eigenen Rechtsordnungen möglichst mit Verfassungsrang implementieren. Für Parlamente bedeutet dies eine Begrenzung ihres Allerheiligsten: des Haushaltsrechts. Hinzu kommt, dass der Fiskalpakt keine Bestimmung über eine Beendigung enthält und eine Kündigungs- und Rücktrittsmöglichkeit nicht vorgesehen ist. Damit ist er völkerrechtlich grundsätzlich nicht einseitig kündbar. Kommende Regierungen sind damit – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – an den Vertrag gebunden, seine Vorschriften erhalten eine Art »Ewigkeitsgarantie«. Die geplanten und erneut auf Initiative der deutschen Bundesregierung zurückreichenden Pläne zur Etablierung von »Pakten für Wettbewerbsfähigkeit« zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten stellen keine Korrektur, sondern eher eine Bestätigung dieser Intentionen dar und dürften den Druck in Richtung autoritärer Strukturen noch erhöhen.⁴

Alles in allem wirkt das neue institutionelle Regime direkt in Politik- und Regelungsfelder hinein, die bisher den Mitgliedstaaten und den Sozialvertragsparteien vorbehalten waren. Das vollzieht sich über die Einschränkung fiskalischer Handlungsspielräume der nationalen Politiken. Hier entfaltet sich der Hang zu technokratischen Vorgaben, der schon dem Stabilitäts- und Wachstums-Pakt (SWP) innerhalb der Wirtschafts- und Währungs-Union (WWU) innewohnte (Vermeidung übermäßiger Defizite von mehr als drei Prozent bzw. einer öffentlichen Verschuldungsquote von über 60% des BIP). Im neuen Regime gewinnt dieser latente Autoritarismus eine neue Qualität. In seiner Gänze kann das neue institutionelle Arrangement als ein *Regime autoritärer Stabilität* gefasst werden, das eine ökonomisch kontraproduktive, sozial polarisierende und politisch legitimationsgefährdende Politik befördert. Was als Programm der Stabilisierung der EU und ihres Geldes intendiert ist, dürfte sich als Programm der Zuspitzung ökonomischer, aber auch demokratie- und legitimationspolitischer Probleme erweisen.⁵ Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, warnt zu Recht: »Es wäre tragisch und geradezu fatal, wenn wir auf dem Weg zur Rettung des Euro und mehr Integration die Demokratie verlieren.«⁶

Bemisst man mit demokratietheoretischen Maßstäben die Legitimation des autoritären Stabilitäts-Regimes, so fällt das Ergebnis desaströs aus. Da wichtige Elemente nicht über das ordentliche Gemeinschaftsverfahren, son-

⁴ Lukas Oberndorfer: Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: *juridikum* H. 1, 2013, S. 76-86.

⁵ Vgl. dazu etwa Fritz W. Scharpf: Die Euro-Rettung als Demokratieproblem, in: *der moderne staat*, H. 2, 2013, S. 279-288.

⁶ Andreas Voßkuhle: Über die Demokratie in Europa, *APuZ* 13/2012, S. 9.

dern über den Weg von Regierungsvereinbarungen zustande kamen, fehlte es von Beginn an an einer hinreichenden Beteiligung des EU-Parlaments oder gar der Bürgerinnen und Bürger. Damit sind nicht einmal die Mindestanforderungen an eine hinreichende Input-Legitimation erfüllt. Anstatt sich endlich um Zustimmung bei den Bevölkerungen zu bemühen, so zu Recht Jürgen Habermas, verfährt die EU weiter im »Elitemodus« und entmündigt fortgesetzt die europäischen Bürger. »Das Krisenmanagement in den letzten Jahren (hat) zu einer informellen Ausweitung der Kompetenzen von Rat und Kommission geführt, die das bestehende Legitimationsdefizit der EU völlig überdehnt und damit nationale Widerstände auf den Plan ruft.«⁷ Auch an Output-Legitimation mangelt es dieser Politik grundlegend.⁸ Bisher jedenfalls spricht alles dafür, dass die Ergebnisse des intransparenten und elitären Entscheidungsprozesses weder die anstehenden Probleme lösen noch als gemeinwohlfördernd aufgefasst werden können. Die Drohung des EU-Wirtschaftskommissars Olli Rehn mit einem Verfahren gegen die deutsche Regierung, sollte diese die »abschlagsfreie Rente ab 63« umsetzen, demonstriert vielmehr Ausmaß und Entschiedenheit, mit der die EU unter dem Vorwand der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sogar in nationale Sozialpolitiken einzugreifen gedenkt, obwohl diese nach dem europäischen Primärrecht eindeutig in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen.⁹

Insgesamt bleibt es wesentlich den Mitgliedstaaten überlassen, europa-relevante Erwartungen und Forderungen aufzunehmen und unter den Bürgern die notwendige Zustimmung für Europa zu organisieren. Ihnen kommt die Aufgabe zu, Entscheidungen aus Brüssel gegenüber ihren Bürgern zu vertreten, ohne in unzumutbare Konflikte mit ihnen zu geraten. Denn im Zweifel wählen diese nicht die Repräsentanten der EU, sondern der nationalen Regierungen ab. Doch dazu müssen die Nationalstaaten willens und in der Lage sein. Und hier liegt mit Blick auf das neue autoritäre Stabilitäts-Regime der Hase im Pfeffer. Denn diese für die EU so wichtige Folgebereitschaft wird den Nationalstaaten verbaut, wenn sie Auflagen zu vertreten haben, die sie in direkte Konfrontation mit ihren Wählern treiben. Die Nationalstaaten sehen sich in dieser Konstellation vor zwei naheliegende Handlungsstrategien gestellt. Sie können zwischen einer Verweigerungs- und einer Entlastungsstrategie wählen. Doch beide verheißen für die Akzeptanz

⁷ Jürgen Habermas: Für ein starkes Europa – was heißt das? Vortrag auf einer Klausurtagung der SPD am 2. Februar 2014, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2, 2014, S. 88.

⁸ Zur Unterscheidung von Input- und Output-Legitimation siehe etwa Fritz W. Scharpf: Legitimität im europäischen Mehrebenensystem, in: *Leviathan* 2/2009, S. 244-280.

⁹ »EU könnte gegen deutsche Rentenpläne vorgehen«, in: *FAZ* v. 22.2.2014.

der EU nichts Gutes: Entweder die Mitgliedstaaten verweigern sich gegenüber den Auflagen und der abgeforderten Politik und verhindern damit die Realisierung des europäischen Krisenüberwindungsmechanismus; dann erscheint die EU unfähig, die anstehenden Probleme zu bewältigen. Ein weiterer Ansehensverlust wäre die Folge. Oder die Nationalstaaten folgen den Auflagen. Dann müssen sie sich in die Konfrontation mit der eigenen Wählerschaft begeben und werden versuchen, sich durch die Zuweisung der politischen Verantwortung vor drohenden Anerkennungsverlusten und Wahlniederlagen zu schützen. Doch auch eine solche Strategie der Mitgliedstaaten – die absichtsvoll verschweigt, dass diese Sachzwänge auf Entscheidungen der Mitgliedstaaten beruhen – geht zu Lasten der EU. Sie verliert an der geliebten Legitimation, die ihr die Mitgliedstaaten zwecks eigener legitimatorischer Entlastung verweigern.

Doch nicht nur die EU, auch die Mitgliedstaaten kommen nicht ohne Schaden an Demokratie und Legitimation davon. Vor allem die Wettbewerbschwachen und Defizitären unter ihnen werden absehbar von restriktiven Handlungszwängen und legitimationsverzehrenden Konflikten geplagt. Wenn die Konsolidierungsaufgaben – wie absichtsvoll festgelegt – umfassend und automatisch wirksam werden, wenn politische Ausweichoptionen der Regierungen minimiert werden, dann läuft in den Mitgliedstaaten der demokratische Prozess leer. Und wenn die Wahlen keine wirklichen Wahlmöglichkeiten mehr bieten, weil alle Regierungen, unabhängig von ihren ideologischen Orientierungen, sich den Vorgaben aus Brüssel unterwerfen müssen, dann verliert das Wechselspiel von Opposition und Regierung seinen Sinn. Als relativ machtlose Vollzugsorgane externer Vorgaben verlieren Parteien und Politiker schnell an Ansehen und Legitimation. Kurzum: Das Regime autoritärer Stabilität setzt Entwicklungen in Gang, die wie Mäuse an den ohnehin mageren Legitimationsreserven der Mitgliedstaaten und der EU nagen.

Blockaden für ein soziales Europa

Das neue autoritäre Regime prekärer Stabilisierung ist zugleich mit vielfältigen Interessenverletzungen gegenüber den Lohnabhängigen sowie einer drastischen Verschlechterung gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen verbunden. Die Vorgaben für die Entwicklung von Löhnen, Produktivität und Sozialsystemen greifen tief in die Mechanismen der nationalen Kapital-Arbeit-Staat-Beziehungen ein und unterwerfen die nationalen Wirtschaftspolitiken sowie die gesamte Arbeits- und Sozialverfassung der Mitgliedstaaten der überbordenden Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik. Zum Abbau von

Haushaltsdefiziten und Staatsschulden werden die Staaten drastisch in die Sozialsysteme einschneiden und Leistungen kürzen. Verringerte Leistungen und sozialer Schutz insbesondere bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit erhöhen jedoch den Druck auf die Lohnabhängigen und intensivieren den »Reservearmee-Mechanismus« auf dem Arbeitsmarkt. Das schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Zugleich werden die fiskalischen Restriktionen zu einem Ausfall der Staaten als aktive Wirtschaftsstaaten im Sinne von Konjunktur-, Beschäftigungs- und Industriepolitik und damit für eine Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung führen. Von der Unfähigkeit, staatliche Aufgaben im Projekt des öko-sozialen Strukturwandels wahrzunehmen, ganz zu schweigen. Mögliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse werden verschenkt. Auch die Lohnverhandlungen bleiben nicht unberührt. Ein neuer »lohnpolitischer Interventionismus« wird sichtbar, der tarifliche Rechte und materielle Standards massiv unter Druck setzt.¹⁰ Mit dem auf Initiative von Angela Merkel und Nicholas Sarkozy im Jahr 2011 verabschiedeten Euro-Plus-Pakt wird explizit festgehalten, dass für beide Krisentherapien der Lohn- und Tarifpolitik ein zentraler Stellenwert zukommt. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht es demnach vor allem um Lohnstopps und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, wie sie mittlerweile in einer Mehrzahl der europäischen Länder vollzogen wurden. Bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wird einerseits ebenfalls eine kurzfristige Reduzierung der Lohn- und Lohnstückkosten propagiert. Darüber hinaus sollen die nationalen Tarifvertragssysteme so reformiert werden, dass sie den Unternehmen flexible Anpassungen an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen ermöglichen. Das verbale Bekenntnis zur Sozialpartner-Autonomie erweist sich vor der in Gang kommenden Disziplinierungs- und Downsizing-Logik als Makulatur.

Gewerkschaftliche Strategielücke

Bei den Gewerkschaften sollten daher die Alarmglocken läuten. Tatsächlich versuchen sie sich in den besonders krisengebeutelten Ländern gegen die ökonomisch, politisch und sozial desaströse Krisenpolitik zu stemmen. Doch von einem breiten europaweiten gewerkschaftlichen Widerstand ist wenig zu spüren.

¹⁰ Vgl. Torsten Müller/Thorsten Schulten: Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2013, Band 39, S. 291-321.

Blickt man auf Deutschland, fällt der bisher geringe Stellenwert der krisen-geprägten europäischen Entwicklungen in gewerkschaftlichen Zusammenhängen auf. Die europäische Krise und die weitreichenden ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen, die die neoliberale Austeritätspolitik ausgelöst hat, scheinen aus Sicht der hiesigen Beschäftigten recht weit weg zu sein. Hierauf deuten die Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung hin, die die IG Metall im Jahr 2013 durchgeführt hat.¹¹ Für rund ein Fünftel der Befragten ist eine solidarische Krisenbewältigung in Europa weniger wichtig oder unwichtig. Und mit weniger als 40% hält noch nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten Europa für ein sehr wichtiges Handlungsfeld. Verglichen mit anderen abgefragten Themen rangiert die Bewältigung der europäischen Krise auf dem letzten Rang. Vermutlich erklärt sich dies dadurch, dass sich die Befragten aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland und der Bedingungen am Arbeitsmarkt nicht als unmittelbar Krisenbetroffene sehen. Die Eurokrise ist aus dieser Sicht die Krise der verschuldeten Südländer und scheint damit weit weg von den Arbeits- und Lebensverhältnissen in Deutschland zu sein. Eine solche Deutung legt auch eine Umfrage von Infratest/dimap im Auftrag der ARD nahe. Dabei stimmten 73% der Wahlberechtigten im Oktober 2013 der Aussage zu: »Ich bin persönlich von der Krise bisher nicht betroffen.«¹²

Auch wenn den Befragten die europäische Krise weit entfernt erscheint, darf der objektive Problemdruck, der von der aktuellen Krisenpolitik ausgeht und zunehmend Tarifsysteme und Sozialstandards unterminiert, seitens der Gewerkschaften nicht unterschätzt werden. Sie sind daher zum einen herausgefordert, größere Anstrengungen zu unternehmen, den Dialog mit den Beschäftigten über die tatsächlichen Krisenursachen zu führen und über die weitreichenden Folgen der neoliberalen Krisenpolitik aufzuklären.

Zum anderen bedarf es aber auch einer europapolitischen Neuorientierung der Gewerkschaften – das gilt nicht nur für die deutschen. Insgesamt scheinen die Gewerkschaften in den EU-Mitgliedstaaten auf die aktuellen Herausforderungen nicht gut vorbereitet. Lange Zeit galt ihnen und anderen kritischen Kreisen die EU als Adressat und Hoffnungsträger für eine soziale Fortschrittsperspektive. Jetzt müssen sie erleben, dass die europäische Politik Teil des Problems ist. Der im Zuge der europäischen Krisenpolitik vorangetriebene Abbau sozialstaatlicher Leistungen und sozialer Rechte, die Eingriffe in die Tarifautonomie und Lohnsenkungen, sind Maßnahmen, die zur

¹¹ Zentrale Ergebnisse der Befragung finden sich in: IG Metall Vorstand (Hrsg.): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten. Frankfurt a.M. 2013.

¹² www.wahl.tagesschau.de

Verschärfung der sozialen Lage in Europa beitragen, Gewerkschaften empfindlich in ihren Kernbereichen unter Druck setzen und nicht zuletzt die soziale Basis der Demokratie bedrohen.

Bislang zielt die gewerkschaftliche Politik vor allem auf die Abwehr von Interessenverletzungen der Beschäftigten und verharnt in den Arenen der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Versuche, Einfluss auf die Europapolitiken der Regierungen und damit auf die Krisenpolitik auf europäischer Ebene zu nehmen, sind ebenso unterentwickelt wie Bemühungen, die Verteilungskämpfe grenzüberschreitend zu koordinieren oder gar zu vernetzen. Wollen die Gewerkschaften einen wirkungsmächtigen Beitrag zu einem überfälligen Pfadwechsel in Europa leisten, stellen sich qualitativ neue Anforderungen an ihr politisches, vor allem ihr europapolitisches Mandat. Sie sind in einer Doppelrolle gefordert: als Tarifakteure, die vorhandene Spielräume durch eine offensive Verteilungspolitik ausschöpfen; und als politische Pressure Groups, die gegen den fatalen Austeritätswahn der Troika und für eine umverteilende und wertschöpfungsfördernde Wirtschaftspolitik und eine Demokratieoffensive mobilisieren.

Bisher ist eine eklatante Diskrepanz zwischen Anforderungen und gewerkschaftlicher Praxis nicht zu übersehen. Diese ist sicherlich auch auf mangelnde Durchsetzungskraft in Europa zurückzuführen. Doch zugleich signalisiert sie konzeptionelle Versäumnisse, die sich zu einer schmerzlichen europapolitischen Strategielücke ausgewachsen haben. Weder werden bei tarifpolitischen Zukunftsfragen oder bei der Formulierung nationaler Tarifforderungen ihre Wirkungen im Euroraum und ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbskonstellationen zwischen den Eurostaaten hinreichend mitreflektiert, noch werden die Tarifpolitiken der europäischen Gewerkschaften zielgerichtet koordiniert, von strategischen Konzepten für eine transnationale Mobilisierung gegen die Austeritätspolitik ganz zu schweigen. Und schließlich existieren kaum systematische Überlegungen, wie die nationalstaatliche und die europäische Ebene durch politische Maßnahmen zu verbinden wären, die den spezifischen Bedingungen Rechnung tragen, mit denen sich die Gewerkschaften in ihren nationalen Kontexten konfrontiert sehen und die ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu einem stärkeren Engagement auf europäischer Ebene beeinflussen. Ohne die Anerkennung der unterschiedlichen Bedingungen in den »Gewerkschaftswelten« und ohne Anstrengungen zur Schließung dieser europapolitischen Strategielücken wird jedoch der Aufbau politischer Durchsetzungskraft gegenüber Kapital und europapolitischen Entscheidungseliten nicht gelingen. Die hier anstehenden Anforderungen werden bisher nur unzureichend formuliert und nicht mit dem notwendigen Nachdruck bearbeitet. Ein Defizit, das dringend zu beheben ist.

Ausblick: Die Wahl zum Europaparlament als Chance?

Letztlich geht es um nicht weniger als eine grundlegende Erneuerung des europäischen Projekts. Als autoritäres Modell prekärer Stabilisierung hat Europa keine Zukunft. Jedenfalls keine erstrebenswerte, wie sich aktuell zeigt. Wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Spannungen nehmen zu und die Arroganz der politischen Eliten sowie das Regieren hinter verschlossenen Türen befördern Legitimationsdefizite der europäischen Institutionen. Dies schlägt sich in dem eingangs skizzierten Verlust des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger nieder.

Mit dem im April 2012 veröffentlichten Aufruf »Europa neu begründen« wollten führende Gewerkschafter und Wissenschaftler, darunter fast alle Vorsitzenden der Gewerkschaften und der Vorsitzende des DGB, für eine europäische soziale Bürgerbewegung werben, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt. Unter anderem heißt es im Aufruf: »Europa braucht eine Demokratieoffensive. Als abgehobenes Elite-Projekt hat die EU keine gute Zukunft. Politische Weichenstellungen dürfen nur unter strikter Beachtung europäischer Verträge und Institutionen getroffen werden. Die Regierungen haben kein Mandat, Krisenpolitik an den Parlamenten vorbei zu betreiben. In Kernfragen Europas müssen die Bevölkerungen befragt werden.«¹³ Wegmarken für einen neuen europäischen Entwicklungspfad sind mehrfach benannt worden. Hierzu gehören Reformstrategien in den Feldern der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Finanzpolitik. Notwendig ist vor allem aber auch eine Stärkung demokratischer Politik in Europa. Es gilt Europa vom Elite- zu einem Partizipationsprojekt umzuwandeln.

Gegenwärtig stellt sich die Frage: Bieten die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 eine Möglichkeit, einen Schritt in diese Richtung zu gehen? Eine Garantie gibt es nicht. Auch diesmal scheint das Interesse der Bevölkerung eher begrenzt und dürften nationalstaatliche Aspekte die Wahlentscheidungen vieler dominieren. Um die Wahlbeteiligung zu fördern, hat die IG Metall deshalb eine Aktivierungsinitiative beschlossen. Sie steht unter dem Motto »Wählen gehen: Damit unser Europa eine Zukunft bekommt.« Dabei stehen fünf Themen und Politikleitlinien im Zentrum: Erstens bessere Perspektiven für die Jugend in Europa: »Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen, statt eine ganze Generation zu verlieren«; zweitens ein Pfadwechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik: »Wachstum durch Investitionen fördern, statt durch einseitiges Sparen abwürgen!«; drittens ein sozi-

¹³ Vgl. www.europa-neu-begruenden.de

al-ökologischer Wandel der Industriegesellschaft und Zähmung der Finanzspekulationen: »Nachhaltige Industrien mit realen Arbeitsplätzen aufbauen und ausbauen statt auf kurzfristige Spekulationen zu setzen!«; viertens die Bekämpfung von Prekarisierung und sozialer Segmentierung als Leitlinie: »Arbeit in Europa – sicher, sozial und fair – statt prekärer Beschäftigung!«; und schließlich fünftens eine Demokratieoffensive: »Mehr Demokratie und Mitbestimmung, statt Politik über die Köpfe der Menschen hinweg!« Eingebettet ist diese Initiative in eine »Neuformulierung der Europapolitik« der IG Metall, die aktiver als bisher auf die Defizite und Risiken der neoliberalen Krisenpolitik der politischen Eliten reagieren will.

Dabei könnte sich ein weiteres Thema auf die wahlpolitische Agenda der Gewerkschaften in Deutschland und Europa schieben. Die Rede ist von der unverzichtbaren Kritik am transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP).¹⁴ Mit dem Freihandelsabkommen könnte ein gewaltiger gemeinsamer Wirtschaftsraum entstehen. Folgt man den Befürwortern des Abkommens, so werden dadurch die Produktivität steigen und somit Kosten und Preise sinken, was Wachstum stimuliert und Wohlstand schafft. Doch ob es so kommt, ist höchst zweifelhaft. Vieles spricht dafür, dass die denkbaren Wachstums- und Beschäftigungseffekte sehr bescheiden ausfallen dürften, von der geringen Wahrscheinlichkeit einer gerechten Verteilung eventueller Wohlfahrtsgewinne im neoliberalen Europa ganz zu schweigen. Demgegenüber sind enorme Risiken absehbar und beträchtliche Folgeschäden einer umfassenden Handels-Liberalisierung zwischen der EU und den USA hoch wahrscheinlich. Diese beziehen sich unter anderem erstens auf die Gefährdung hoher Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, die für die Europäische Wertegemeinschaft wohlfahrtsstiftend sind; zweitens auf die Gefahr des Verlustes an demokratischer Kontrolle dadurch, dass die Regeln zur Schaffung und Überwachung der Freihandelszone in außerparlamentarischen Gremien verhandelt werden. Und drittens beziehen sie sich auf einen weitreichenden völkerrechtlich abgesicherten Investitionsschutz, der im Extremfall auch unter Missachtung von grundlegenden internationalen Arbeitsnormen durchgesetzt werden und für die Nationalstaaten mit unübersehbaren Finanzrisiken im Rahmen drohender Schadensersatzzahlungen verbunden sein kann.

Anfänglich konzentrierte sich die innergewerkschaftliche Diskussion auf die Formulierung von Mindeststandards, ohne die ein Handelsabkom-

¹⁴ EuroMemo Gruppe: Europa spaltet sich. Die Notwendigkeit für radikale Alternativen zur gegenwärtigen EU-Politik. EuroMemorandum 2014. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2014, S. 66ff.

men nicht akzeptabel wäre. Zu solchen Mindestanforderungen gehören unter anderem: verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards; Ausschluss von Unterminierung sozialer und ökologischer staatlicher Regulierung sowie ein Ausschluss von Regelungen zum Investitionsschutz, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen könnten, oder die Möglichkeiten des Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, wie realistisch die Hoffnungen auf eine akzeptable Ausprägung des Handelsabkommens sind. Angesichts der Kräfteverhältnisse in Europa und der intransparenten, geradezu konspirativen Anlage des Verhandlungsprozesses scheinen Zweifel angebracht. Vielmehr droht sich das TTIP zu einem erneuten Beleg für postdemokratische Strukturen in der EU zu entwickeln. Dabei ist nicht einmal gesagt, ob die Realisierung solcher Anforderungen das TTIP-Projekt insgesamt akzeptabel machen würde. Jedenfalls dürfte es kaum ein Beitrag zu einer Abkehr von der katastrophalen Austeritäts- und Sozialabbaupolitik leisten, die für eine bessere Entwicklung in Europa unverzichtbar wäre. Zum einen reiht es sich in die aktuelle Tendenz zu bilateralen Abkommen der EU mit anderen Ländern und Regionen ein und kann somit als ein Beitrag zur regulierten Liberalisierung des Welthandels gewertet werden. Zugleich zielt das TTIP wohl eher darauf, eine Art wirtschaftspolitische Schadensbegrenzung zu versuchen. Angesichts der massiven Beschäftigungs-, Wachstums- und Wettbewerbsprobleme, unter denen der EU-Wirtschaftsraum nicht zuletzt infolge der dominierenden Krisenpolitik leidet, brechen innereuropäische Märkte weg. Das drosselt Wachstum und Beschäftigung. Daher ist die EU bestrebt, die Zugänge in den nordamerikanischen Wirtschaftsraum zu erleichtern und ausgefallene Märkte in den Krisenstaaten zu kompensieren. Zugleich spricht einiges dafür, dass es sich beim TTIP um eine »Projekt mit geopolitischen Ambitionen«¹⁵ handelt, das auf den wachsenden Einfluss anderer Weltregionen (etwa der BRIC-Staaten) zu reagieren und das weltpolitische Gewicht der »alten Metropolen« des globalen Kapitalismus zu stabilisieren trachtet. Alles Zielsetzungen, die einer Politik des wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Pfadwechsels in Europa nicht gerade zuarbeiten. Im Gegenteil: Vor allem die angedachte Form des »Investitionsschutzes« würde zu einer nicht zu rechtfertigenden Verschiebung von Verhandlungsmacht zugunsten transnationaler Konzerne und zulasten demokratischer Politik führen. Es ist

¹⁵ Ebd. 68.

daher konsequent und zu begrüßen, dass aus den Gewerkschaften der Ruf nach einem Abbruch der Verhandlungen lauter wird.¹⁶

Also noch einmal: Kann die Gelegenheit der Europawahl genutzt werden, um die Debatte über einen radikalen Politik- und Pfadwechsel in Europa zu forcieren und die Gewerkschaften als Träger und Treiber eines solchen zu profilieren? Wenn nicht, hätten die Gewerkschaften erneut eine Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen. Es gilt, dies zu verhindern.

¹⁶ So etwa der 1. Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel: »Ein gefährliches Abkommen«, in: Berliner Zeitung vom 4.3.2014.

Autorin und Autoren

Annelie Buntenbach ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), verantwortlich für die Themenbereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Europapolitik, Migrations- und Antirassismuspoleitik, DGB-Index Gute Arbeit und Projekt »Faire Mobilität«. Sie ist außerdem Mitglied des Präsidiums und des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Frank Bsirske ist Vorsitzender der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und seit November 2002 Vorsitzender der Region Europa des Union Network International (UNI – Europa), des Zusammenschlusses der Dienstleistungsgewerkschaften.

Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Seit 2012 ist er Vizepräsident des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft, der europäischen Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften.

Wolfgang Lemb ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Internationales und Europa.

Dietmar Schäfers ist stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) sowie Vorsitzender des Ständigen Ausschusses Bau der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH).

Dieter Scholz ist ehemaliger Bezirksvorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg, Vorsitzender des Vereins »Forum Neue Politik der Arbeit«, z.Zt. als Berater tätig.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Sozialpolitik und Arbeitsgestaltung/Qualifizierungspolitik.